

16,4 Millionen für Integration

Regierung will unter anderem mehr Deutschkurse anbieten.

Schweiz am Wochenende, 12.11.2022

Noemi Lea Landolt

Der Regierungsrat hat am Freitag das Kantonale Integrationsprogramm (KIP) für die Jahre 2024 bis 2027 in die Anhörung geschickt. Er beantragt dem Grossen Rat einen Verpflichtungskredit für einen einmaligen Bruttoaufwand von 16,4 Millionen Franken. Der Kantonsanteil beläuft sich auf 7,92 Millionen Franken.

Das Kantonale Integrationsprogramm hat 2014 gestartet. Das laufende Programm KIP 2 endet 2023. Die neue Programmperiode KIP 3 soll auf den bestehenden Förderbereichen aufbauen und diese weiterentwickeln, teilt der Regierungsrat mit.

Bisher wurden nur Sprachkurse bis zum Niveau A2 unterstützt. Der heutige Arbeitsmarkt verlange aber oft bessere Sprachkenntnisse, heisst es in der Mitteilung. Der Regierungsrat möchte deshalb auch weitergehende Kurse finanzieren. Die Erfahrungen zeigten, dass Sprachkenntnisse die zentrale Voraussetzung für die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt seien.

Egli: «Wenn die Integration scheitert, wird es teuer»

Weiter plant der Regierungsrat, die Integrationsarbeit stärker zu regionalisieren. Bisher haben sich über 60 Gemeinden zu regionalen Integrationsfachstellen zusammengeschlossen, welche

die Integrationsangebote koordinieren. In Zukunft sind weitere solche Fachstellen geplant.

Der Mehrbedarf bei den Sprachkursen und Integrationsfachstellen führt laut Mitteilung zu jährlichen Mehrkosten von 700 000 Franken. Für den zuständigen Regierungsrat Dieter Egli ist klar, dass es sich lohnt, frühzeitig in Integrationsmassnahmen in den Regionen, nahe bei den Menschen, zu investieren. «Denn wenn die soziale und berufliche Integration scheitert, wird es sehr teuer», wird er in der Mitteilung zitiert.

Parteien und Verbände haben bis Mitte Februar Zeit, sich zum Anhörungsbericht zu äussern. Voraussichtlich im Juni 2023 entscheidet der Grosse Rat.